



## Statement zum Koalitionsvertrag – SPD.klima.gerecht – 22.04.2025

Diese Bundestagswahl war eine **Richtungsentscheidung** für die junge Generation und die Frage, wie wir in den nächsten Jahren Deutschlands Pfad zur CO<sub>2</sub>-Neutralität und zur Klimagerechtigkeit beschleunigen und gestalten. Während die Koalitionäre verhandelt haben, ging der heißeste März seit Beginn der Aufzeichnungen in die Geschichtsbücher ein. Die Auswirkungen der Klimakrise treffen uns **schon jetzt** und sie treffen Menschen mit geringen Einkommen, Minderheiten, FINTA\* und Menschen im sogenannten globalen Süden am stärksten.

**Es schockiert uns deshalb**, dass das Thema Klimaschutz offenbar nicht ausreichend ernst genommen wurde. Die SPD vertritt eine "Einigung" mit, die in fast allen Fragen hinter den Zielen von Paris zurückbleibt. Die Klimaziele von Paris dienen der Einhaltung der Beschränkung der Erderwärmung auf 1.5 Grad gemessen am vorindustriellen Niveau. Bereits 2024 wurde die 1.5 Grad Grenze für ein volles Jahr überschritten. Im Koalitionsvertrag in der jetzigen Form kommen zwar Themen, die dem Klimaschutz zugeordnet werden können, vor. Jedoch bietet er keine ausreichende Antwort, geschweige denn einen stimmigen Fahrplan, wie Deutschland von 2030-2045 seine Klimaneutralität erreichen will und wie die Maßnahmen sozial gerecht implementiert werden sollen.

Statt **fossile Subventionen** abzubauen und Deutschland aus der Abhängigkeit zu führen will die neue Koalition fossile Technologien stärken. Der **Agrardiesel** wird wieder eingeführt und die **Pendlerpauschale** erhöht. Wir müssen zudem feststellen, dass die **Flottengrenzwerte** für Pkw nicht ausreichend ernstgenommen werden: So sollen Strafzahlungen für 2025 ausgesetzt und Hybrid-Modelle aktiv gefördert werden. Die Energieversorgung soll mit mehr **Gaskraftwerken** sichergestellt werden, statt auf **Batteriespeicher** zu setzen - eine Technologie, in der Deutschland führend ist. Dadurch entstehen neue Abhängigkeiten, die uns nur drei Jahre nach der sicherheits- und gesellschaftspolitischen Zeitenwende wieder zurück in die Arme von feindlichen Autokratien und deren fossilen Rohstoffen treiben. Wir sind überzeugt: So schaffen wir **Energiewende** und **Energiesicherheit** nicht.

Steigende **CO<sub>2</sub>-Preise** werden in den nächsten Jahren für viele Menschen zur alltäglichen Belastung werden, wenn wir nicht noch ambitionierter für **sozialen Ausgleich** sorgen. Das im Koalitionsvertrag angestrebte Social Leasing-Programm ist finanziell nicht gut unterfüttert. Zudem fehlt eine konkrete Perspektive für ein **soziales Klimageld** zur Abfederung hoher Preisbelastungen. Es liegt kein Plan vor, wie private und insbesondere **benachteiligte Haushalte** klimaneutral werden können. Wir sind überzeugt: Ohne soziale Perspektive wird Klimaschutz ein Reizthema bleiben.

Während das **Gebäudeenergiegesetz** aufgeweicht werden soll, wurde das von der FDP sabotierte **Klimaschutzgesetz** nicht wieder angefasst. Wir sind überzeugt: Deutschland muss anschlussfähig werden an die Anforderungen des Pariser Klimaabkommens und seine europäischen Nachbarn.



**Insgesamt zeigt die Koalition, dass sie nicht bereit ist, die Verantwortung für die Zukunft Deutschlands zu tragen und es an sicheren Zusagen für die notwendigen Investitionen fehlt.**

**Wir können dieser Vereinbarung so nicht zustimmen.** Denn es ist noch unklar, ob Politiker\*innen beider Parteien in den relevanten Positionen selbst Kompetenz und Willen mitbringen, die Klimakrise zu bekämpfen. Denn auch an anderen Stellen ignoriert sie die Grundwerte der Sozialdemokratie. Dazu gehören die Bereiche Migration, Soziales und Geschlechtliche Selbstbestimmung für trans-Personen sowie körperliche Selbstbestimmung für Schwangere in Hinblick auf einen Schwangerschaftsabbruch. All dies sind Themen, die sich in ihrer Brisanz durch die Klimakrise auch in Deutschland zuspitzen.

Dieser Koalitionsvertrag wird den derzeitigen Herausforderungen in keiner Weise gerecht und begünstigt die Einleitung eines **schwarz-blauen Jahrzehnts**. Darüber hinaus wird er der inhaltlichen und personellen Neuordnung der SPD nicht gerecht. Stattdessen bindet er die deutsche Sozialdemokratie an einen weiteren Rechtsruck, dem sie sich verweigern muss, um sich treu zu bleiben. Die SPD darf ihren Kern und ihre Identität nicht preisgeben.

**Wir appellieren an alle SPD-Mitglieder, ihre Verantwortung wahrzunehmen und dieser Vereinbarung eine Absage zu erteilen.**

Die SPD muss sich neu aufstellen, in **Nachverhandlungen** gehen und sicherstellen, dass Soziale Gerechtigkeit, humanitäre, feministische Werte und wirksamer Klimaschutz im Zentrum stehen. Wir fordern eine **Neuvorlage des Koalitionsvertrags** mit einer klaren Agenda zur Abschaffung fossiler Subventionen, einem Plan zum Ausstieg auch aus der Gas-Infrastruktur, klare und sozial gerechte Fördermaßnahmen zu Dekarbonisierung aller Haushalte, und eine Industriepolitik die Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit in einer klimaneutralen Welt gewährleistet.